

# Aktive Bürger Bornheim

Missbrauch des Asylrechts in Deutschland – Auch ein CDU Landrat, Bürgermeister Palmer und Friedrich Merz von der CDU beklagen offensichtliche Missstände.

In Bornheim leben mit Stand vom 17.08.2022 1.263 (eintausend zweihundert drei und sechzig) Flüchtlinge. (\*) Nach aktueller Meldung der Tagesschau vom 10.10.2022 befinden sich ca. 900.000 Ukrainische Flüchtlinge in unserem Land. So viele Flüchtlinge hatten wir noch nie. Die Zahlen werden weiter ansteigen. Maßnahmen, diesen Ansturm aus aller Welt in unsere Sozialsysteme zu begrenzen, gibt es nicht. Und es wird wohl auch in Zukunft keine Begrenzung geben. Inzwischen gibt es in Bornheim Überlegungen, die erst am 18.07.2022 zurück gebaute Not-Unterkunft in der Turnhalle der Wallrafschule in Bornheim für weitere Flüchtlinge in voraus eilendem Gehorsam erneut herzurichten. Die Planungen sind in der Verwaltung wahrscheinlich schon angelaufen. Es ist dann wohl auch nur eine Frage Zeit, wann die für ca. 6 Millionen (5 Mill. Errichtung, 1 Mill. Rückbau) errichteten und dann wieder abgebauten/verschrotteten Wohncontainer für Flüchtlinge durch neue zu erwerbende Wohncontainer ersetzt werden. (\*) Die im Rat der Stadt Bornheim vertretenden Fraktionen von CDU, SPD, Grüne, UWG und FDP tragen diese unsägliche Flüchtlingspolitik immer noch kritiklos mit. Koste es was es wolle!

Man muss es deutlich sagen, die etablierten Parteien setzen die verfehlte Flüchtlingspolitik des Bundes in den Kommunen zum finanziellen Schaden der Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürger bedenkenlos um. Die gewählten Vertreter dieser Parteien in den kommunalen Parlamenten arbeiten für Ihre Partei und nicht im Interesse der Bürger, die sie gewählt haben. So lesen wir z. B. im Internet der CDU-Bornheim (\*):

**Zitat „Als Christen, Demokraten und Europäer ist es unsere Pflicht, den Menschen aus der Ukraine zu helfen! Bornheim ist liebens- und lebenswert und Heimat für rund 50.000 Menschen. Schon einmal haben wir bewiesen, dass wir Menschen aus Krisengebieten gut integrieren können. Daher fordern wir den Bürgermeister auf, Vorbereitungen zur Aufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern zu treffen und aktiv für eine Zuweisung zu werben! „**

Bis vor kurzen wurden Berichte über die Flüchtlingsentwicklung in Bornheim nur mündlich vorgetragen. Nach deutlicher Kritik aus der ABB-Fraktion, solche Berichte müssten auch schriftlich erfolgen, kam man dem nun endlich nach. (\*) Leider werden die Gesamtkosten, die die Politik der offenen Grenzen für Jedermann verursacht, auch in Bornheim immer noch weitgehend und unvollständig intern gehalten. (\*) Interessant ist folgendes:

Der sogenannte Königsteiner Schlüssel (\*) verpflichtet die Kommunen zur Aufnahme von Flüchtlingen. Aktuell sind dies am 14.08.2022 646 Personen für Bornheim. Tatsächlich leben in Bornheim aber 1.263 Flüchtlinge. Zum 14.08.2022 beträgt nach der Angabe der Stadt die Erfüllungsquote 80,98%. Seltsam, wenn also am 14.08.2022 646 Personen einer Erfüllungsquote von 80,98% entsprechen, wo sind dann die 617 nicht berücksichtigten Personen geblieben?

Es wurde darüber diskutiert der Bezirksregierung mitzuteilen, dass die vorhanden Möglichkeiten zur Unterbringung in Bornheim keine weiteren Zuweisungen mehr ermöglichen. Bei der Diskussion ist es in Bornheim geblieben. Passiert ist derartiges aber nicht. Hier konnte sich die ABB-Fraktion leider nicht durchsetzen. Es werden also auch weiterhin unbegrenzt weitere Flüchtlinge nach Bornheim zugewiesen. Dabei meldet ein Landkreis nach dem Anderen keine Kapazitäten mehr zu haben. Zwölf von 16 Bundesländern nehmen schon seit Wochen niemanden mehr auf. (\*) Notwendig wäre ein Beschluss des Rates, die Aufnahmefähigkeit in Bornheim für ausgeschöpft zu erklären. Ein höfliches Telefonat eines Bürgermeisters mit der Zuweisungsstelle in Arnsberg hilft da nicht weiter!

Ich sehe es als geboten an, die Berechnungsgrundlage dieses Königsteiner Schlüssels zu kritisieren. In der Praxis heißt das, je mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen, desto mehr Flüchtlinge müssen wir in Bornheim aufnehmen und desto mehr sinkt die aktuelle Erfüllungsquote in Prozent. Nach dieser Berechnungsmethode werden wir in Bornheim bei insgesamt steigenden Zahlen in Deutschland nie 100% erreichen. Eine Kapazitätsobergrenze gibt es offensichtlich nicht. Von den ständig steigenden Kosten für Unterbringung, Krankenkasse, Versorgung, Hartz IV etc. redet niemand mehr. Das kann doch so nicht unwidersprochen weiter gehen. So lesen wir in der öffentlichen Mitteilung (\*) der Stadt:

**“Die Zahl der den Kommunen nach dem Königsteiner Schlüssel zugewiesenen Menschen korreliert mit der Zahl der insgesamt nach Deutschland geflohenen Menschen. Daher kommt es zu den veränderten (sinkenden) Erfüllungsgraden trotz steigender absoluter Zahlen der in Bornheim aufgenommenen Flüchtlinge.”**

Es bleibt offensichtlich nach wie vor dabei, wie es die ehemalige Bundeskanzlerin seinerzeit formulierte – “Wir schaffen das”. Wer Asyl-Missbrauch offen kritisiert wird auch heute noch niedergemacht und als Sozialneidverbreiter, Rassist oder Nazi beschimpft. Ich als Autor des Artikels stehe zum Recht auf Asyl, so wie es im Grundgesetz §16a Abs. 1 und 2 festgelegt ist. (\*) **Ich akzeptiere massenhaften Asyl-Missbrauch aber nicht!**

Das es massiven Asylmissbrauch gibt, hat nun auch ein Landrat aus Tübingen (\*) in der Süddeutschen Zeitung CDU-Vorsitzende Merz in Bild TV erkannt.

**Zitat Landrat aus Süddeutscher Zeitung: “Mir haben zum Beispiel ukrainische Männer gesagt: Wir arbeiten schon seit Jahren in Polen, mit Kriegsbeginn haben wir unsere Familien nachgeholt”, sagte Walter. “Jetzt haben wir von Verwandten erfahren, dass wir mitsamt Familie in Deutschland ohne Gegenleistung mehr Geld in die Hand bekommen als in Polen mit Arbeit.”**

Der Unionsfraktionschef hatte sich im Sender Bild TV ähnlich geäußert. Er sprach dabei über die Entscheidung der Bundesregierung, Ukraine-Flüchtlingen – anders als die anderen Geflüchteten – seit dem 1. Juni unmittelbar Zugang zum Hartz-IV-System zu geben, wenn sie eine Aufenthaltserlaubnis haben sowie hilfebedürftig und erwerbsfähig sind. Diese Entscheidung führe “zu erheblichen Verwerfungen auch bei den Flüchtlingen aus der Ukraine”, sagte Merz bei Bild TV. (\*)

**Zitat: Friedrich Merz: “Wir erleben mittlerweile einen Sozialtourismus dieser Flüchtlinge: nach Deutschland, zurück in die Ukraine, nach Deutschland, zurück in die Ukraine. Von den Flüchtlingen mache mittlerweile eine größere Zahl sich dieses System zunutze”.**

Das diese Aussagen vom Merz auf wütenden Protest der Befürworter offener Grenzen für Jedermann stießen, war zu erwarten. Inzwischen ist Merz etwas zurück gerudert. Eine Standfestigkeit in der Sache ist derzeit von der CDU und ihrem Vorsitzenden Merz noch nicht zu erwarten. Die Quittung dafür gaben ihm die Wähler der CDU in Niedersachsen (Landtagswahl 09.10.2022, CDU -5,8%, AFD +4,7%). (\*) Diesen von Ihm kritisierten “Sozialtourismus” kann man leicht feststellen, wenn man sich die Fahrpläne von Flixbus von der Ukraine in Deutsche Städte und zurück ansieht. Die Flixbusse sind voll ausgebucht und es entstehen schon deutliche Wartezeiten. (\*) Nach CDU-Chef Friedrich Merz meldete sich nun auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer zu den ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland zu Wort.

**Zitat: “Es ist nicht einzusehen, warum es Flüchtlinge erster und zweiter Klasse geben soll und warum wir so viele Leistungen ausbringen, dass Leute nur wegen dieser erhöhten Leistungsanreize ihr bisheriges Zufluchtsland wechseln und nach Deutschland kommen”, sagte Palmer im Podcast Die Wochentester” des Kölner Stadt-Anzeigers und des Redaktionsnetzwerk Deutschland. Es gebe da ein Problem, meinte er.“**

Längst vergessen – **Einstimmiger Beschluss** des Rates der Stadt Bornheim vom 03.12.2015 (hier nur 3 Passagen) (\*):

1. **Die Kosten der Kommunen für die Flüchtlingsunterbringung, Versorgung und Integration müssen durch Land und Bund übernommen werden.**
2. **Rückwirkend sind die Kosten für 2015 von Bund und Land zu 100% zu übernehmen. Auch die Kosten für die Betreuung der geduldeten Flüchtlinge, deren Anträge rechtskräftig abgelehnt wurden, sind von Bund und Land zu übernehmen.**
3. **Für Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen in der Europäischen Union einreisen und bei uns Arbeit und eine bessere Zukunft suchen, haben wir Verständnis. Ihnen kann jedoch kein Asylrecht gewährt werden. Diejenigen, die kein Asyl erhalten, keine Flüchtlingseigenschaften nach der Genfer Konvention und auch keine subsidiären Gründe zum Bleiben aufweisen, sollen in menschenwürdiger Form zügig in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden. Grundlage dafür sind die Beurteilungen des BAMF. Die Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises muss dieser Aufgabe gerecht werden, damit nicht Kapazitäten, die dringend für die große Zahl von Flüchtlingen benötigt werden, die Aussicht auf Anerkennung haben, gebunden werden.**

Das wollen die anderen Fraktionen im Stadtrat nicht mehr wissen. Und danach wird in Bornheim auch nicht gehandelt. Kostendeckung durch Bund und Land gibt es auch nicht! Unser Land wird von der Ampel mit teilweiser Unterstützung der CDU offenen Auges in eine Katastrophe gesteuert! Nicht nur in der aktuellen Flüchtlingspolitik sondern auch in der Umwelt-, Finanz-, Sanktions- und Energiepolitik.

Aktuell lehnt die Mehrheit der Menschen in Deutschland weitere finanzielle Belastungen durch gegen Russland verhängten Sanktionen ab. Das geht aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für Stern TV hervor. 55 Prozent der Befragten sind demnach nicht mehr bereit, weitere Mehrbelastungen hinzunehmen, 41 Prozent dagegen schon. (\*)

**Und das schlimmste ist, wir Bürgerinnen und Bürger nehmen das alles immer noch schweigend hin (10% Inflation, dreifache Preissteigerungen für Öl, Gas und Strom etc.) und zahlen und zahlen und zahlen. Es wird Zeit sich zu wehren!**

(\*) Der ungekürzte Artikel mit allen Anlagen, Verlinkungen und Kommentaren finden Sie auf der Internetseite der ABB. Kostenpflichtige Veröffentlichung von Artikeln der ABB wurden in der Werbezeitschrift „Wir Bornheimer“, zum wiederholten Mal ohne Begründung abgelehnt. Das ist der aktuelle Stand von Demokratie und Pressefreiheit im Oktober 2022!

Die ABB ist eine **regionale kommunalpolitische Wählervereinigung**. Die ABB ist mit 3 Ratsmitgliedern im Stadtrat als ABB-Fraktion und mit sachkundigen Bürgern in 16 Ausschüssen der Stadt vertreten. Fordern Sie unseren E-Mail Newsletter an. Wir informieren in unregelmäßigen Abständen über wichtige Beschlüsse der Gremien der Stadt Bornheim.

Wir sind an Mitgliedern interessiert die in Bornheim Politik gestalten und bei der ABB oder der ABB-Fraktion mitarbeiten wollen. Wir brauchen gerade in diesen politisch schlimmen Zeiten die Unterstützung durch **Mitgliedschaften** und **Spenden**.

**Konto der ABB: Kreissparkasse Köln IBAN: DE39 3705 0299 0046 0145 71**

(\*) **<https://www.aktivebuengerbornheim.de>**

**Kontakt zur ABB:**

**E-Mail: [bornheimer123@yahoo.de](mailto:bornheimer123@yahoo.de) Mobil: 0151 -72211101**

**ViSdP: Paul Breuer - St.-Georg-Str. 20 - 53332 Bornheim - November 2022**